Stadt Zürich
Stadtentwicklung

Stadt Zürich
Stadtentwicklung
Integrationsförderung

Bäckerstrasse 7, 8004 Zürich
Postadresse: Postfach, 8022 Zürich
Tel. 044 412 37 37
Fax 044 412 37 42
www.stadt-zuerich.ch/integration

integrationsfoerderung@zuerich.ch

23.12.2009

Bevölkerungsbefragung der Stadt Zürich 2009
Sonderauswertung zu Antworten der ausländischen Bevölkerung

Vorbemerkungen

Im Auftrag von Stadtentwicklung Zürich wurde im Frühling 2009 die alle zwei Jahre stattfindende Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Sie beruht auf einer telefonischen Befragung von 2'501 zufällig und repräsentativ ausgewählten Personen. Dabei wurden sowohl SchweizerInnen (71%) als auch AusländerInnen mit einer Aufenthaltsbewilligung B oder C (29%) berücksichtigt. Gut 200 Interviews wurden nicht auf Deutsch, sondern in einer der zusätzlich angebotenen Sprachen geführt.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung sind in einem Bericht zusammengefasst, der auf www.stadt-zuerich.ch/stadtentwicklung einsehbar ist. Die folgende Sonderauswertung fokussiert auf ausgewählte Aspekte, die für die Integrationsarbeit bzw. für die Zusammenarbeit mit der ausländischen Bevölkerung von Interesse sein können.

Für die Analyse wurden Personen nach ihrem Geburtsort (Schweiz oder Ausland) sowie ihrer Staatszugehörigkeit unterschieden. Bei den AusländerInnen wurde je nach Fragestellung zusätzlich differenziert zwischen den Ländergruppen westliche Länder (West- und Nordeuropa sowie Nordamerika), Südeuropa (inkl. Balkan und der Türkei) und Übrigen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass AusländerInnen und SchweizerInnen viele Aspekte ähnlich sehen und beurteilen. Alle fühlen sich wohl in Zürich und beurteilen die Lebensqualität positiv. Interessante Unterschiede gibt es unter anderem bei der Problemwahrnehmung, dem Verkehr und dem Wissen über die 2000-Watt-Gesellschaft.

Einstellungen zu Zürich

- Allgemein kann festgehalten werden, dass sich AusländerInnen in der Stadt Zürich wohl fühlen und die **Lebensqualität** als gut oder sehr gut bewerten. Über 97 Prozent der Befragten wohnen sehr gerne oder eher gerne in der Stadt Zürich und 86 Prozent bewerten die Lebensqualität mit der Note 5 oder 6.

  Auffallend ist, dass bei den SüdeuropäerInnen der Anteil derjenigen, die die Lebensqualität mit einer schlechten oder nur genügenden Note bewerten, mit 20 Prozent doppelt so hoch ist wie bei Personen aus den westlichen und den übrigen Ländern.

- Die **positiven Aspekte** der Stadt Zürich werden durch AusländerInnen und SchweizerInnen nicht durchgehend gleich gewichtet. So wird beispielsweise die Sauberkeit von AusländerInnen häufiger hervorgehoben und dafür die Lage am See sowie das kulturelle Angebot deutlich weniger. Unabhängig der Nationalität am häufigsten genannt wurde von allen Befragten der öffentliche Verkehr.

  Zwischen den einzelnen Herkunftsgruppen der AusländerInnen zeigen sich interessante Unterschiede. Das kulturelle Angebot wird von Personen aus den westlichen Ländern (39%) deutlich häufiger genannt als von Personen aus Südeuropa (9%) und den übrigen Ländern (15%). Bei der Sauberkeit verhält es sich tendenziell umgekehrt:

Personen aus Südeuropa (20%) und den übrigen Ländern (27%) heben diesen Aspekt häufiger hervor als Personen aus den westlichen Ländern (14%).

- Bei der Nennung der drei grössten **Probleme** in der Stadt Zürich wird von allen der Verkehr am häufigsten genannt, wobei die Prozentzahl bei den SchweizerInnen leicht höher ist. Andere Probleme werden unterschiedlich gewichtet. Während die Drogenproblematik und die Arbeitslosigkeit von AusländerInnen relativ oft genannt werden, werden Umweltfragen kaum als Problem wahrgenommen. Ausländerfragen werden von SchweizerInnen häufiger als Problem erachtet als von AusländerInnen.

  Bei der Differenzierung der ausländischen Bevölkerung nach Ländergruppen sind Unterschiede feststellbar. Während bei Personen aus den westlichen Ländern Wohnungsprobleme (22%) und Ausländerfragen (9%) auf Rang zwei und drei der Problemskala figurieren, folgen bei den Südeuropäern auf den Verkehr die Kriminalität (16%), das Wohnungs- und Drogenproblem (je 13%) und die Arbeitslosigkeit (10%). Bei den Personen aus den übrigen Länder werden die Kriminalität (18%) und die Drogenproblematik (15%) am zweit- bzw. dritthäufigsten genannt, und mehr als jede zehnte Person erwähnt die Ausländerfrage und die Wohnungsprobleme.

- Betreffend der Zufriedenheit mit den **Lebensbedingungen** sind sich SchweizerInnen und AusländerInnen teilweise sehr ähnlich. Über 90 Prozent aller Befragten sind mit dem öffentlichen Verkehr zufrieden und fast zwei Drittel bewerten das Angebot an Freizeitmöglichkeiten als positiv. Auffallend ist, dass vor allem im Ausland geborene AusländerInnen eher häufig die Bestnote 6 vergeben. Etwas weniger zufrieden als Schweizerinnen sind AusländerInnen mit den Kultur- und Ausgangsmöglichkeiten, dem Bildungs- und Weiterbildungsangebot sowie der Parkplatzsituation.

  Innerhalb der ausländischen Bevölkerung sind unter anderen folgende Unterschiede feststellbar. (1) Mit über zwei Dritteln sehr ausgeprägt ist die Unzufriedenheit der Personen aus westlichen Ländern mit dem **Wohnungsangebot**. Demgegenüber bewertet mehr als jede vierte Person aus den anderen Herkunftsgebieten dieses als positiv. (2) Generell ist in etwa jede zehnte Person mit **Schule und Kindergarten** unzufrieden. Südeuropäer sind diesbezüglich deutlich öfter zufrieden als Personen aus westlichen und übrigen Ländern. (3) Während rund die Hälfte der Südeuropäer mit dem **Kinderbetreuungsangebot** zufrieden ist, beträgt der Anteil der Zufriedenen bei den übrigen Ländern nur ein Drittel und bei den westlichen Ländern gar nur ein Zehntel. (4) Das **Bildungs- und Weiterbildungsangebot** wird von jeweils zwei Dritteln der Befragten positiv eingeschätzt. Der Anteil der Unzufriedenen ist bei den Südeuropäern (11%) und denjenigen aus den übrigen Ländern (8%) jedoch deutlich höher als bei Personen aus westlichen Ländern (2%).

Einstellungen zur Politik und Verwaltung

- Politik und Verwaltung werden von AusländerInnen ähnlich positiv und teils noch positiver beurteilt als von SchweizerInnen. Sie fühlen sich häufiger sehr **gut vertreten**, sind deutlich öfter sehr zufrieden mit der **Polizei** und denken generell eher, dass die Stadt bezüglich spezifischer Problemstellungen in einem gerade **richtigen Ausmass** aktiv ist.

  Bei der Differenzierung der ausländischen Bevölkerung zeigt sich, dass sich Südeuropäer und Personen aus den übrigen Ländern besser **vertreten fühlen** als Personen aus westlichen Ländern und dass der Anteil der Personen, die sich sehr gut vertreten fühlen, bei Ersteren mit rund 25 Prozent deutlich höher ist als bei Letzteren (9%). Als Hauptgrund, weshalb sich eine Person nicht gut vertreten fühlt, wird angegeben, dass man als AusländerIn keine politischen Rechte besitzt.

- Bezüglich der **öffentlichen Sicherheit** sind AusländerInnen (70%) etwas häufiger als SchweizerInnen (63%) und Eingebürgerte (64%) der Ansicht, dass in diesem Politikbereich genug getan wird. SchweizerInnen und Eingebürgerte (je 32%) sind demgegenüber eher der Ansicht, dass zu wenig getan wird (AusländerInnen 21%). Im **Umweltbereich** verhält es sich ähnlich: mehr AusländerInnen (60%) als SchweizerInnen (44%) und Eingebürgerte (50%) sind der Ansicht, dass genug oder zu viel getan wird.
- Bei der Bekämpfung des **Drogenmissbrauchs** sieht rund die Hälfte der Personen aus Südeuropa und aus den übrigen Ländern einen Handlungsbedarf. Bei den Personen aus westlichen Ländern ist weniger als jede dritte Person dieser Ansicht. Mit den Massnahmen zur **Schaffung von Arbeitsplätzen** sind Personen aus westlichen Ländern zufriedener als Personen aus den beiden anderen Gruppen.
- AusländerInnen und SchweizerInnen antworten ähnlich auf die Frage, ob die Stadt ihr **Dienstleistungsangebot** ausbauen, aufrechterhalten oder einschränken soll. Generell plädieren etwas über 20 Prozent für einen Ausbau. Das Angebot tendenziell einschränken würden jede fünfte Person aus Südeuropa sowie aus übrigen Ländern aber nur 4 Prozent derjenigen aus westlichen Ländern (4%).

Sicherheitsbefinden, Verkehrsverhalten und 2000- Watt-Gesellschaft

- Im Ausland geborene Eingebürgerte (30%) fühlen sich im Vergleich zu SchweizerInnen (24%) öfter **unsicher**, wenn sie nachts allein im Quartier unterwegs sind. Hinsichtlich realer Erlebnisse (Angriff, Bedrohung oder Überfall) kann jedoch kein Unterschied festgestellt werden.

  Innerhalb der ausländischen Bevölkerung zeigt sich, dass sich Personen aus den westlichen und den übrigen Ländern sicherer fühlen als Personen aus Südeuropa. Während sich bei Ersteren nur jede zehnte Person unsicher fühlt und der Anteil Personen mit einem positiven Sicherheitsgefühl 85 Prozent beträgt, fühlen sich bei den Südeuropäern nur 67 Prozent sicher und jede vierte Person unsicher.
- Der Anteil Personen, die mindestens einmal pro Woche mit dem **Fahrrad** unterwegs sind, ist bei den AusländerInnen aus westlichen Ländern mit 36 Prozent deutlich am höchsten. Es folgend die SchweizerInnen mit 28 Prozent, die Personen aus übrigen Ländern mit 23 Prozent und die SüdeuropäerInnen mit (lediglich) 11 Prozent.

  SchweizerInnen sind etwas häufiger mit dem **öffentlichen Verkehr** unterwegs als AusländerInnen: 88 Prozent benutzen mindestens einmal pro Woche S-Bahn, Tram oder Bus. Bei den AusländerInnen beträgt dieser Anteil 83 Prozent. Allerdings sind sie in einem etwas höherem Ausmass (50%) täglich mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs als SchweizerInnen (45%).

  Mehr AusländerInnen (41%) sind mindestens einmal pro Woche mit dem **Auto** in der Stadt Zürich unterwegs als SchweizerInnen (32%). Fast jede fünfte Person aus Südeuropa fährt täglich Auto, das ist ein doppelt so hoher Anteil wie bei den übrigen Herkunftsgruppen. Während nicht ganz zwei Drittel der AusländerInnen (62%) das **Parkplatzangebot** in der Stadt Zürich als zu knapp bewerten, sind «lediglich» die Hälfte der SchweizerInnen dieser Ansicht.
- Der Begriff **2000-Watt-Gesellschaft** ist 56 Prozent der als SchweizerInnen Geborenen bekannt sowie 42 Prozent der in der Schweiz geborenen und 33 Prozent der im Ausland geborenen Eingebürgerten. Demgegenüber liegt der Bekanntheitsgrad bei den in der Schweiz geborenen Ausländern mit 32 Prozent und bei den im Ausland geborenen Ausländern mit knapp über 20 Prozent deutlich tiefer. Während 36 Prozent der AusländerInnen aus westlichen Ländern den Begriff kennen, sind dies bei denjenigen aus Südeuropa und den übrigen Ländern nur gerade 12 bis 13 Prozent.

Massnahmen zur Integration

- In der Schweiz geborene AusländerInnen (26%) sind bedeutend öfter als SchweizerInnen (16%) der Ansicht, es werde zu viel für die **Integration** getan. Bei den im Ausland geborenen Eingebürgerten beläuft sich der Anteil auf 14 Prozent, bei den im Ausland geborenen AusländerInnen auf 8 Prozent und bei den in der Schweiz geborenen Eingebürgerten auf 9 Prozent.

  Während 53 Prozent der Personen aus Südeuropa und 49 Prozent derjenigen aus den übrigen Ländern der Ansicht sind, dass für die Integration genügend bzw. gerade richtig viel getan werde, sind nur 40 Prozent derjenigen aus westlichen Ländern dieser Ansicht. Diese meinen mit einem Anteil von 45 Prozent, dass mehr getan werden sollte. Diese Haltung für **mehr Engagement** im Bereiche Integration wird geteilt von 27 Prozent der Südeuropäer und 39 Prozent der Personen aus übrigen Ländern.

- Aus den Zahlen der Gesamtbefragung ist ersichtlich, dass der Bildungsgrad sowie das Haushaltseinkommen bedeutsam sind für die Bewertung der Integrationsaktivitäten. Befragte mit lediglich obligatorischer Schulbildung sind zu 22 Prozent der Ansicht, dass zu viel getan wird. Dieser Wert verringert sich mit steigendem **Bildungsgrad** deutlich und beläuft sich bei Personen mit Hochschulabschluss auf unter 10 Prozent.

  Demgegenüber sind Befragte mit lediglich obligatorischer Schulbildung zu 23 Prozent der Meinung, dass zu wenig für die Integration getan wird. Ein Wert, der mit zunehmend höherem Bildungsabschluss auf etwa 45 Prozent steigt. Unabhängig des Bildungshintergrundes wird das Ausmass der Integrationsmassnahmen von jeweils rund 40 Prozent als gerade richtig eingestuft.

  Diese Ergebnisse spiegeln sich auch im **Brutto-Haushaltseinkommen** wider. Befragte mit niedrigem Einkommen (18%) tendieren deutlicher zur Meinung, dass zu viel getan wird, als Personen mit mittlerem (14%) und hohem Einkommen (9%). Umgekehrt sind Befragte mit niedrigem Einkommen weniger der Ansicht, dass zu wenig getan wird (34%) als Personen mit mittlerem (40%) und hohem Einkommen (44%).

- Auch relevant für die Einschätzung der Integrationsaktivitäten ist das **Alter**: Bei den 18-25-Jährigen und bei den 26-44-Jährigen vertreten 45 bzw. 44 Prozent der Befragten die Meinung, dass zu wenig Massnahmen zur Integration bestehen. Dieser Anteil beträgt bei den 45-65-Jährigen 38 Prozent und ist bei den über 66-Jährigen mit 24 Prozent klar am Geringsten. Umgekehrt sind bei der letzten Gruppe über ein Viertel der Befragten der Ansicht, dass zu viel im Bereich Integration getan wird, während dieser Anteil bei den jüngeren Alterskategorien zwischen 8 und 14 Prozent schwankt.